



ZU VERKAUFEN
FIF - Immobilien
0666/41666881

Aufgrund von Überschuldung müssen Haushalte und Unternehmen Vermögenswerte abstoßen. Der Ausverkauf von Vermögenswerten löst Abwärtsdruck auf das allgemeine Preisniveau aus. Aufgrund der sinkenden Preise verschlechtert sich die Nettovermögensposition der Unternehmen; die Profite gehen zurück; Produktion und Beschäftigung fallen.

seine Theorie einer Schuldendeflationsspirale. Aufgrund von Überschuldung müssen Haushalte und Unternehmen Vermögenswerte abstoßen. Der Ausverkauf von Vermögenswerten löst Abwärtsdruck auf das allgemeine Preisniveau aus. Aufgrund der sinkenden Preise verschlechtert sich die Nettovermögensposition der Unternehmen; die Profite gehen zurück, Produktion und Beschäftigung fallen.

Deflationsdruck steigt

Überschuldung verursacht demnach deflationären Druck, der sich wiederum auf die Verschuldung auswirkt: Sinkende Preise erhöhen die reale Schuldenlast, weil die nominal fixierten Schulden mit steigendem realen Eurowert bedient werden müssen. Wenn die Preise schneller fallen als der Schuldenabbau voranschreiten kann, dann sind die Entschuldungsbemühungen sogar ein Schuss ins eigene Knie: Je mehr die SchuldnerInnen den Schuldenabbau forcieren, desto höher wird aufgrund des entstehenden Deflationsdrucks die Schuldenlast. In der Eurozone lag die Inflation zuletzt durchschnittlich nur noch bei 0,5 Prozent. Spanien und Portugal rutschten in ein Deflationsterrain ab, wo Griechenland bereits seit Längerem vorzufinden ist; Italien könnte bald folgen. Damit sind die von Fisher eindringlich beschriebenen Probleme des erschwerten Schuldenabbaus verbunden.

Dass verstärkte Sparanstrengungen der privaten Haushalte maßgeblich zur Vertiefung von Wirtschaftskrisen beitragen können, hatte auch der britische

Ökonom John Maynard Keynes erkannt. Die Einsicht, dass sich eine Volkswirtschaft selbst ärmer sparen kann, ergibt sich aus dem Sparparadoxon: Gleichzeitiges Sparen einer größeren Gruppe privater Haushalte verringert die Konsumausgaben. Die Unternehmen können weniger Güter und Dienstleistungen absetzen, die Einkommen sinken. Bei niedrigeren Einkommen geht jedoch auch das Sparaufkommen zurück; dadurch kann der ursprüngliche Anstieg der Ersparnisse mehr als zunichtegemacht werden. Abhängig ist dies von den Investitionen, die immer gleich den Ersparnissen sind: Sinken die Investitionen, etwa wegen ungünstiger Absatzerwartungen der Unternehmen, dann wird das Sparparadoxon schlagend: Die erhöhte gleichzeitige Sparanstrengung der privaten Haushalte führt zu sinkenden Ersparnissen – jedoch bei niedrigerer Wirtschaftsleistung und geringerer Beschäftigung.

Auch die Staaten sparen

Nicht nur private Haushalte sparten in den letzten Jahren. Auch Mitgliedsstaaten der Eurozone kürzten ihre Ausgaben und erhöhten Steuern – und zwar nicht nur krisengeschüttelte Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien. Selbst Deutschland, Österreich oder die Niederlande setzten – wenngleich in geringerem Ausmaß – Budgetkonsolidierungsmaßnahmen durch. Eine Stabilisierung der Staatsschulden durch simultane Sparpolitik ist jedoch kaum zu bewerkstelligen: Die Konsolidierungsmaßnahmen haben negative Effekte auf Wachstum

und Beschäftigung. Aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten im Euroraum, die insbesondere durch enge Handelsbeziehungen gegeben sind, wird es für jedes einzelne Land immer schwieriger, die eigene Staatsverschuldung zu stabilisieren, wenn die anderen Länder ebenfalls sparen und dadurch auch ihre Nachfrage nach Produkten aus anderen Mitgliedsländern reduzieren. Am Ende des gleichzeitigen Sparens stehen aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs höhere Staatsschuldenquoten als zu Beginn, wobei jene Länder mit den größten Sparanstrengungen die stärkste Verschlechterung der Verschuldungsdynamik verzeichnen. Das Problem ließe sich dadurch entschärfen, dass Länder wie Deutschland und Österreich ihre Binnennachfrage stärken. Denn solange private Haushalte und Unternehmen den Schuldenabbau nicht abgeschlossen haben, ist es umso wichtiger, dass jene Staaten, die dazu in der Lage sind, zusätzlich Nachfrage schaffen. Solange jedoch der verfehlte Glaube vorherrscht, eine simultane Austeritätspolitik in der Eurozone würde zu einer Stabilisierung der Staatsschuldenquoten führen, spart sich die Eurozone ärmer.

Internet:

Mehr Info unter:

www.social-europe.eu

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
philipp.heimberger@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at